hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 04/2018

GRÜN MACHT DEN UNTERSCHIED

ERREICHT
Das Grüne Band ist Nationales Naturmonument
3

ERFORSCHT
Interview mit Prof. Dr. Best zum Thüringen-Monitor
6/7

ERWEITERT
Die Unabhängigkeit der Thüringer Justiz
9

Liebe Leserinnen und Leser,

seit vier Jahren sind wir als Bündnisgrüne nun gemeinsam mit SPD und DIE LINKE in einer Koalition in Thüringen. Und wir haben in diesen vier Jahren schon viel erreicht. Aber wir sind noch nicht fertig. Auch in den kommenden Monaten stehen viele Projekte an, die wir voranbringen wollen. Für mehr Klimaschutz und für eine offene, gerechte Gesellschaft.

Ein Mammutprojekt für uns Bündnisgrüne war es, das **Grüne Band** – also die ehemalige innerdeutsche Grenze – in den Schutzstatus eines Nationalen Naturmonumentes zu erheben. Am 9. November 2018 beschloss der Landtag diesen Schritt. Der Status verbindet nun Naturschutz mit Erinnerungskultur – für uns als Bündnisgrüne zwei zentrale Themen. Was dieser Status bedeutet, das erfahren Sie in den hinterGRÜNden.

Zum Naturschutz zählt für uns auch der Artenschutz. **Glyphosat** ist hier besonders für die Insektenwelt eine erhebliche Gefahr. Mit unserem Einzug in den Landtag begann der Einsatz gegen dieses Totalherbizid. Den aktuellen Stand dazu lesen Sie hier.

Im **Innenbereich** fanden wir 2014 eine schwierige Situation vor: Die Polizei beispielsweise war sowohl personell als auch von ihrer Ausstattung nicht an die heutige Zeit angepasst. Durch mehr Neueinstellungen sowie Investitionen in Technik und Ausstattung konnten wir hier erste Fortschritte machen. Über weitere Erfolge im Innenbereich lesen Sie in dieser Ausgabe.

Tierschutz steht ebenfalls ganz oben auf unserer Agenda. Neben der Nutztierhaltung legen wir den Fokus allerdings auch auf Wild- und Haustiere. Mit Vor-Ort-Terminen und Fachgesprächen bringen wir auch abseits unserer parlamentarischen Arbeit dieses wichtige Thema ins Bewusstsein der Menschen.

Eine offene und liberale Gesellschaft, in der jede*r ohne Diskriminierung leben kann – das ist unser Ziel. Der Thüringen-Monitor, der jährlich die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung untersucht, gibt hierbei regelmäßig Anlass zu Sorge, aber es gibt auch positive Ergebnisse. In einem **Interview sprachen wir mit Prof. Dr. Dr. Heinrich Best**, dem Projektleiter des Monitors.

Für uns gehört ein funktionierender Rechtsstaat zu den Grundpfeilern der Demokratie. Eine **unabhängige Justiz** ist dafür essentiell. Wie die Unabhängigkeit erst kürzlich gestärkt werden konnten, das erfahren Sie in der Ausgabe der hinterGRÜNde.

Ebenso gehört eine unabhängige Presse zu den Errungenschaften und Stützen unserer Demokratie. Der **MDR-Rundfunkstaatsvertrag** steht kurz vor der Überarbeitung. Darin enthalten ist auch eine Reform des Rundfunkrates. Welche Vorstellungen wir dabei haben, lesen Sie hier.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind unsere Vorstellungen im Bereich der **Digitalisierung**, unser Einsatz für eine menschenrechtsorientierte **Flüchtlingspolitik** sowie – wie immer – unser Rück und Ausblick.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß
beim Lesen unserer Fraktionszeitung!

Ihr Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Editorial 2

Nationales Naturmonument:
Das Grüne Band Thüringen 3

Glyphosat? Es geht auch Ohne 4

Ein Paradies für Tiere? 5

„Bindungen schafft Bindungen!“ 6/7

Erfolge im Innenbereich 8

Wir stärken die Unabhängigkeit der Justiz 9

Schafft sichere Häfen 9

Update für MDR- Staatsvertrag nach 27 Jahren 10

Digitale Zukunft – Sicher,
unabhängig und kompatibel gestalten 10

Termine – Rück- und Ausblick 11

NATIONALES NATURMONUMENT: DAS GRÜNE BAND THÜRINGEN

Das Grüne Band ist ein einzigartiger Erinnerungsort der deutschen Teilung und Wiedervereinigung und der längste Biotopverbund Deutschlands. Nun wird es zum Nationalen Naturmonument.

„Die Besonderheit liegt in der Kombination aus Erinnerungskultur und Naturschutz", erklärt Roberto Kobelt. Mit einer Länge von 763 Kilometern hat Thüringen den größten Anteil am Grünen Band in Deutschland. Es verkörpert einen Abschnitt der europäischen Geschichte und ist Teil des European Green Belt. „Die Schutzkategorie `Nationales Naturmonument´ garantiert einen einheitlichen Schutz des Kernbereiches des Grünen Bandes und stellt eine abgestimmte Entwicklung in der Region sicher", erklärt der Naturschutzpolitiker. Zahlreiche bedrohte oder seltene Tierarten leben am Grünen Band. „Sie haben hier im Schatten des Kalten Krieges ein bedeutendes Rückzugsgebiet gefunden."

Kurz NNM

Die Schutzgebietskategorie Nationale Naturmonumente (kurz: NNM) wurde im Jahr 2009 in das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) aufgenommen. Die Besonderheit eines Nationalen Naturmonumentes liegt in der untrennbaren Verbindung des Naturschutzes mit dem Erhalt einer Landschaft oder Region aus kulturhistorischen oder landeskundlichen Gründen. „Der Thüringer Landtag hat zu unserer Freude nach vielen konstruktiven Gesprächen mit verschiedenen Akteur*innen beschlossen, das Grüne Band unter diesen besonderen Schutz zu stellen", so Roberto Kobelt. Das Nationale Naturmonument umfasst eine Gesamtfläche von rund 6.500 Hektar. Umschlossen wird es auf der einen Seite durch die Landesgrenze und auf der anderen Seite durch den noch vorhandenen Kolonnenweg oder dessen ehemaligen Verlauf. Das NNM verbindet vorhandene Schutzgebiete und -objekte des Natur- und Denkmalschutzes.

Neben dem Kolonnenweg gehören auch weitere Reste der ehemaligen Grenzbefestigungsanlagen sowie Gedenksteine, Tafeln und andere Erinnerungseinrichtungen als Spuren der deutsch-deutschen Geschichte dazu sowie in Teilen die Bereiche der Grenzlandmuseen.

Grenzen trennen – Natur verbindet

Jahrzehntelang wurde den Menschen der Zugang zur innerdeutschen Grenze verwehrt. „Wir haben besonderen Wert darauf gelegt, dass das Grüne Band Thüringen heute für die Menschen vor Ort und die Gäste der Region erlebbar bleibt", so Roberto Kobelt. Bewährte Regelungen für die Nutzung von Flächen oder Einrichtungen bleiben bestehen. „Dabei bieten sich Potenziale für den Tourismus und eine nachhaltige Regionalentwicklung. Die Kommunen werden so auch wirtschaftlich vom ersten Nationalen Naturmonument dieser Größe in Deutschland profitieren können", ist sich der bündnisgrüne Politiker sicher.

Außerdem wurde darauf geachtet, dass die land- und forstwirtschaftliche sowie die fischereiliche Nutzung weiter geht. Gleiches gilt für die ordnungsgemäße Jagdausübung und Gewässerunterhaltung. „Beschränkungen kann es aber bei der Art der Bewirtschaftung geben", so Roberto Kobelt. „Dauergrünland kann beispielsweise nicht einfach umgebrochen oder aufgeforstet werden." Erfreulich ist: Auf zahlreichen Flächen am Grünen Band haben Flächeneigentümer, Landnutzer, die Stiftung Naturschutz Thüringen, der BUND, die Landentwicklung und andere wichtige Akteur*innen bereits die naturverträglichste Bewirtschaftungsform gefunden. Dadurch können die Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten wie auch die besondere Eigenart des Gebietes erhalten werden.

„Das Grüne Band ist nun endlich vom Todesstreifen zur Lebenslinie geworden", so Roberto Kobelt. „Und dies zu schützen, auch für nachfolgende Generationen, ist unser Ziel."

GLYPHOSAT? OHNE! ES GEHT AUCH

Seit Monsanto zu Bayer gehört, gilt auch in der Landwirtschaft: Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.

Nicht nur, dass es zahlreiche Studien gibt, die belegen, dass Menschen geschädigt werden - das könnte man ja zumindest theoretisch noch durch Vermeidung von Kontakt verhindern - vielmehr hatten Bodenuntersuchungen in Österreich schon vor Jahren ergeben, dass die Vitalität von Regenwürmern, die mit Glyphosat in anwendungsüblichen Mengen in Kontakt kommen, stark abnimmt. Sie bewegten und vermehrten sich kaum noch und starben frühzeitig. Eine neue, umfangreiche wissenschaftliche Studie bestätigt diesen Befund nun auch bei Insekten. Damit wird das Leben auf dem Feld – das ja die Grundlage für gute Ernten ist – zerstört.

Einsatz von Totalherbiziden verbieten

Das muss nun endlich das Ende dieses Totalherbizides sein. Denn die Argumentation des Herstellers Bayer/Monsanto, das Gift wirke „nur“ auf alle grünen Pflanzenteile schädigend, wird damit erneut eindeutig widerlegt.

Unser bündnisgrünes Ziel ist es seit langem, den Einsatz von Totalherbiziden und anderen Bienengiften im Land zu beenden. Dazu haben wir bereits 2016 einen Beschluss im Thüringer Landtag herbeigeführt. So ist es seit dem nur noch in zu beantragenden Ausnahmefällen erlaubt, Glyphosat bei der Ernte einzusetzen. Und die Landesanstalt für Landwirtschaft führt umfangreiche Studien durch, wie die Landwirtschaft ohne dieses Totalherbizid auskommen kann. Erste erfreuliche Ergebnisse zeigen: Es geht.

Deshalb gilt es jetzt so schnell wie möglich, ein vollständiges Verbot dieses Giftes durchzusetzen. Die Bundesregierung könnte das tun. Doch streitet sich dort Schwarz-Rot auch in diesem Punkt munter weiter. Die Bundesumweltministerin schlägt vor, den Einsatz bis 2023, also nach der nächsten Bundestagswahl, zu beenden. Die Landwirtschaftsministerin weigert sich, überhaupt ein Enddatum zu nennen.

Den Antrag aus dem Jahr 2016 gibt es hier: :
▸ gruenlink.de/1jn3

Lösung aus Brüssel

Deshalb sind die Grünen in Brüssel so wichtig: Auf europäischer Ebene ist das Zeug nur noch vier Jahre lang genehmigt. Eine weitere Verlängerung darf es nicht geben. Die Grünen im Europäischen Parlament konnten durchsetzen, dass die wissenschaftliche Begleitforschung zur Wiederzulassung in Zukunft an unabhängigere Institutionen vergeben und dafür auch eigene Untersuchungen durchgeführt werden können.

Mit grüner Hilfe dürfte Europa also hoffentlich schneller als die Bundesregierung dafür sorgen, dass mit einem Verbot jeglichen Ausnahmetatbeständen der Boden entzogen wird. Damit die Regenwürmer und Insekten sich endlich wieder munter tummeln und fleißig vermehren können.

Foto: Pixabay

EIN PARADIES FÜR TIERE?

Mit einem GRÜNEN Gesprächsabend zum Thema „Welche Rechte haben Tiere und wie schützen wir sie?“ endete für Babett Pfefferlein im Oktober die Sommertour 2018. Zehn Termine dienten dazu, das Thema Tierschutz in Thüringen in all seinen Facetten zu beleuchten. Der Gesprächsabend bildete dazu den Abschluss. Wir trafen die Tierschutzpolitikerin zum Interview.

Warum ist die das Thema Tierschutz so wichtig?

B.P. Tierschutz beschränkt sich für mich nicht darauf, für gute Haltungsbedingungen in Großställen zu kämpfen. Vielmehr stehen für mich die vielen Ehrenamtlichen im Tierschutz, die Tierärzt*innen und diejenigen, die die Arbeit mit Tieren zu ihrem Beruf gemacht haben, im Vordergrund. Öffentlichkeit für ihre Anliegen herzustellen, war mir sehr wichtig. Um unsere Ziele im Tierschutz zu erreichen, sind sie wichtige Partner*innen an der Seite der Politik.

Welche Ziele wären das denn?

B.P. Wir möchten, dass die 1 Million Euro, die wir für Tierheime 2018 erstmals im Haushalt hatten, verstetigt werden. Das Geld wird von den Tierheimen und Tierschutzvereinen dringend benötigt. Wir möchten die ökologische bäuerliche Landwirtschaft besser fördern. Dass Thüringer Landwirt*innen, die im Einklang mit Tier und Natur wirtschaften, auch gutes Geld verdienen können, bestätigt uns z.B. der Geschäftsführer des demeter-Hofes Gut Sambach in Mühlhausen.

Auch das Ehrenamt im Bereich Tierschutz muss dringend mehr Anerkennung erfahren. Oft sind es die Ehrenamtlichen, die als Expert*innen sehr hohen Sachverstand in der Arbeit mit Tieren mitbringen. Tiertrainer*innen und –therapeut*innen brauchen endlich eine einheitliche Zertifizierung und die Veterinärmediziner*innen deutlich bessere Rahmenbedingungen.

Das ist eine lange Liste. Wie kann sie abgearbeitet werden?

B.P. Mit meiner Tour im Sommer habe ich nur einen kleinen Anstoß geben können und das Thema in die Öffentlichkeit gebracht. Wichtig ist es, im Gespräch zu bleiben und konkrete Aufträge in die Fraktion mitzunehmen. Diese werden dann abgearbeitet: Das Thüringer Jagdgesetz muss dringend überarbeitet werden. Das verliere ich nicht aus den Augen. Auch die Tierwohlstrategie muss geschärft werden.

Die 1 Million Euro Tierheim-Förderung steht ebenso auf meiner Liste für den Haushalt wie eine Unterstützung für die Landestierärztekammer für eine moderne Notfall-Organisation. Für Ehrenamtliche im Tierschutz muss der Zugang zu Fördermitteln leichter werden – erste Verbesserungen sind hier bereits erkennbar.

Bedeutet das alles, dass Tiere in Thüringen paradiesische Verhältnisse erwartet?

B.P. Ich hätte nichts dagegen. Aber der Weg dahin ist noch sehr lang: Tierschutz-Verletzungen z.B. in Großställen oder auch bei Haustieren werden noch heute leider nicht im möglichen Rahmen juristisch verfolgt. Eine muttergebundene Kälberhaltung ist leider noch eine seltene Ausnahme in landwirtschaftlichen Betrieben. Tierheime ächzen unter der Menge von Katzen, die zu ihnen kommen, weil die Katzenschutzverordnung in den Kommunen noch nicht umgesetzt ist und freilebende Katzen nicht kastriert sind.

Mit dem Gesprächsabend zu den Rechten der Tiere endet mein Bemühen um ein tierwohlfreundliches Thüringen keinesfalls: bereits im April wird es einen Fachtag zum Tierschutz geben. Bis dahin stehen zahlreiche Gespräche mit Verantwortlichen auf meiner Agenda. Und vielleicht können wir in den kommenden Jahren gemeinsam dafür arbeiten, den paradiesischen Verhältnissen für Tiere und auch für die Menschen, die diese Tiere lieben, in Thüringen ein Stück näher zu kommen.

„BINDUNGEN SCHAFFT BINDUNGEN!“

Herr Prof. Best, was sind die wichtigsten Erkenntnisse des Thüringen-Monitors?

Prof. Heinrich Best: Die wichtigste Erkenntnis des Thüringen-Monitor 2018 war für mich, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Thüringen außerordentlich stark ausgeprägt ist und sich die Menschen als Teil einer Kette sozialer Gemeinschaften empfinden, die von der Gemeinde bis zur Nation und für eine große Mehrheit von ihnen darüber hinaus bis Europa reicht. Wir haben festgestellt: Bindungen schaffen Bindungen!

„Heimatliebend aber fremdenfeindlich“ – so wurde das von der Presse zusammengefasst. Trifft diese Aussage zu?

Prof. Best: An dieser Titelzeile ist – wie an den meisten Stereotypen – etwas Wahres: Thüringer*innen sind im hohen Maß heimatverbunden und sie haben – wie andere Ostdeutsche auch – häufiger Ressentiments gegenüber Ausländern, insbesondere Fluchtmigranten, als der Bundesdurchschnitt. Aber: es gibt keinen Kurzschluss zwischen Heimatliebe und Fremdenfeindlichkeit. Erst wenn man die Zugehörigkeit zur heimatlichen Menschengemeinschaft exklusiv fasst und hohe Hürden aufbaut, neigt man auch mehr zum Ethnozentrismus. Andererseits gilt: Starke Bindungen an den Heimatort und die Heimatregion haben hier sogar eine dämpfende Wirkung.

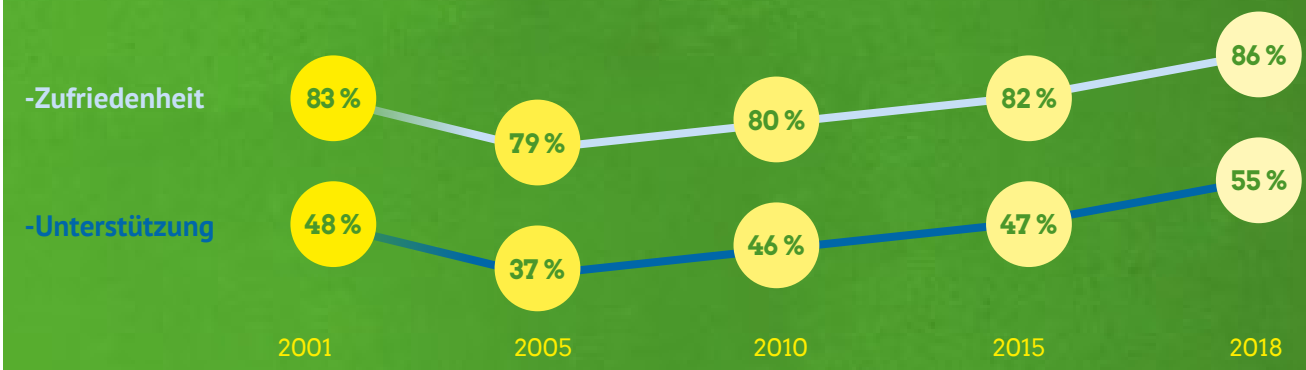
Die Ergebnisse im TM deuten auf die Tendenz hin, dass die Thüringer sich abschotten wollen. Stimmt das?

Prof. Best: Das gilt nicht generell: Eine knappe Mehrheit ist dafür, sich gegenüber fremden Kulturen zu öffnen und eine größere Mehrheit ist dafür, ausländische Arbeitnehmer*innen anzuwerben. Ablehnung erfährt aber eine Zuwanderung, von der man befürchtet, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Ethnozentrismus: (griech. ethnos: Volk)

Ethnozentrismus bezeichnet eine politische Einstellung, die die Werte (z. B. Religion) und die Besonderheiten (z. B. Hautfarbe) der eigenen Volksgruppe (Ethnie) über die anderer Völker stellt bzw. zur Bewertungsgrundlage nimmt.

Demokratie - zufriedenheit und -unterstützung 2001 bis 2018



Quelle: Thüringen-Monitor 2018

Foto: Jan-Peter Kasper/FSU Jena

Prof. Dr. Dr. Heinrich Best, ist Soziologe und forscht am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratie und gesellschaftliche Integration der Uni Jena.

Außerdem ist er wissenschaftlicher Leiter für den Thüringen-MONITOR.

Wir trafen ihn zum Interview.

Welche Ergebnisse sind aus ihrer Sicht besonders besorgniserregend?

Prof. Best: Die Skepsis gegenüber der Integrierbarkeit von Fluchtmigranten hat zugenommen und nähert sich der 2/3-Marke der Befragten. Besonders hoch – und das ist wirklich besorgniserregend – ist sie bei den Befragten, die angeben, häufig Kontakt zu Migranten zu haben.

Welche Ergebnisse sehen Sie positiv?

Prof. Best: Positiv sehe ich, dass noch immer eine Mehrheit der Befragten eine freundliche Grundempfindung gegenüber Migranten hat, dass der Anteil derjenigen, die die Demokratie abstrakt als beste Staatsform ansehen, noch immer auf Rekordniveau ist, und dass auch noch immer eine Mehrheit der Befragten die demokratische Praxis im Land positiv bewertet.

Gibt es Vergleichswerte aus anderen Bundesländern?

Prof. Best: Inzwischen gibt es ja Monitore in Sachsen und Sachsen-Anhalt, außerdem können wir die früheren Mitte-Studien und die Nachfolgeuntersuchungen aus Bielefeld und Leipzig zu Vergleichen heranziehen. Das Problem ist hier, dass die Antwortskalierungen zum Teil vom Thüringen-Monitor abweichen.

Wie unterscheiden sich die Thüringer zu den anderen Bundesländern?

In der Tendenz zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung in den ostdeutschen Bundesländern, dort, wo die Werte unmittelbar vergleichbar sind, manchmal sogar punktgenau.

Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern liegen die Werte für Ethnozentrismus in Thüringen wie im übrigen Ostdeutschland höher.

Auf der einen Seite sind die Thüringer sehr traditionsbewusst, andererseits scheint es, als „gönnen" sie Geflüchteten nicht, ihre Traditionen zu leben. Ist das so?

Prof. Best: Ich denke, es ist keine Frage des „Gönnens", sondern eine der wahrgenommenen Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch „fremde" Kulturen. Auch erinnere ich daran, dass noch immer eine Mehrheit der Menschen in Thüringen Offenheit gegenüber fremden Kulturen unterstützt, was aber nicht für alle Kulturen und mit diesen verbundene Traditionen gilt. Hier wird also in der Bevölkerung differenziert.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

ERFOLGE IM INNEN-BEREICH

In unserem Koalitionsvertrag haben wir uns gemeinsam mit LINKE und SPD viel für den Bereich Innen- und Kommunalpolitik vorgenommen. Auch wenn wir nicht alles erreichen konnten und werden und leider auch mit manchem gescheitert sind, so können wir doch eine ansehnliche Bilanz vorweisen.

Polizei

Im Bereich der Polizei konnten wir einige Forderungen umsetzen: So gibt es nun eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in geschlossenen Einsätzen. Außerdem wurde mit der Einrichtung einer Polizeivertrauensstelle der erste Schritt für eine unabhängige Beschwerdestelle getan. Damit gibt es eine erste, niedrigschwellige Anlaufstelle für Bürger*innen, die Probleme mit der Polizei hatten oder haben.

Außerdem beschäftigte uns die schlechte personelle Ausstattung der Thüringer Polizei, weshalb wir die Einstellungszahlen schrittweise von 120 Anwärter*innen im Jahr 2014 auf derzeit 260 erhöht haben. Um die Polizei zusätzlich zu entlasten, haben wir im letzten Doppelhaushalt die Digitalisierung bei der Polizei auch im Streifendienst eingeleitet. Davon erhoffen wir uns auch eine erhebliche Erleichterung der polizeilichen Arbeit und somit eine Entlastung der Thüringer Polizei.

Feuerwehr und Ehrenamt

Fast 34.000 Kamerad*innen leisten ehrenamtlich ihren Dienst in den Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren. Durch den demografischen Wandel stehen die Feuerwehren, vor allem in ländlichen Gebieten, vor erheblichen Herausforderungen. Wir haben deshalb umfangreiche Maßnahmen eingeleitet, um die Arbeit im Ehrenamt zu erleichtern und zu verbessern. So haben wir zum Beispiel die Pauschale für die Jugendfeuerwehren von 20 auf 25 Euro erhöht. Damit bekommen die Kommunen nun über 300.000 Euro für die Jugendarbeit in der Feuerwehr und damit über 50.000 Euro mehr als bisher.

Die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule haben wir mit zusätzlichen sieben neuen Stellen personell sehr verstärkt und die Brandschutzerziehung gestärkt. Mit der Novellierung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes wurden außerdem die Berg- und Wasserwachten bessergestellt und bekommen nun wesentlich mehr Geld für ihre Einsätze zugewiesen. Investitionen, die uns allen nutzen.

Demokratie

In dem Bereich der demokratischeren Gesellschaft haben wir bereits auf kommunaler Ebene sehr viel durch das Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid erreicht. Doch damit hört für uns die Arbeit nicht auf. Derzeit kämpfen wir noch dafür ein Paritätsgesetz einzubringen, mit dem wir den Frauenanteil im Parlament nachhaltig erhöhen könnten. Außerdem bereiten wir derzeit noch eine Aufhebung der Wahlrechtsausschlüsse vor. Damit soll es auch Menschen, welche unter gesetzlicher Betreuung stehen, ermöglicht werden, zu wählen. Ein Wahlrechtsausschluss soll dann nur noch durch einen Richterspruch möglich sein. So viele Menschen wie möglich zu beteiligen, das ist unser Ziel.

Dirk Adams bei der FFW Frießnitz im Sommer 2018

WIR STÄRKEN DIE UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ

Seit 1994 wurde das Thüringer Richtergesetz nicht weiterentwickelt und es war schon damals nicht auf der Höhe der Zeit.

Mit dem nun verabschiedeten neuen Richter- und Staatsanwältegesetz setzt Rot-Rot-Grün ein weiteres wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. „Es ist selten, dass ein Minister bereit ist sich in eigenen Befugnissen zu beschränken", erklärt Astrid Rothe-Beinlich, justizpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion. „Der beschlossene Wegfall des Letztentscheidungsrechts des Justizministers bei Beförderungen ist solch ein seltener Fall, der zeigt, wie wichtig uns die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz ist." Es wird zugunsten einer Einigungspflicht mit der Richterschaft abgeschafft. Außerdem gehen mit dem Gesetz zahlreiche Verbesserungen im Bereich des Beurteilungswesens und der Mitbestimmungsrechte einher. So wurde beschlossen, dass nun auch Richterinnen und Richter Vertretungen bilden können, um in eigenen Angelegenheiten mitbestimmen zu können. Auch auf das Erfordernis der Verjüngung der Justiz gibt das neue Gesetz passende Antworten. „Die Angleichung der Ruhestandsregelungen der Richterinnen und Richter an die übrigen Beamtinnen und Beamten hat zur Folge, dass die Richterinnen und Richter nicht mehr automatisch mit 65 in den Ruhestand gehen, sondern dies von 62 bis 67 tun können", erklärt die Justizpolitikerin. „Die Altersstruktur in der Richterschaft kann so sehr viel flexibler verjüngt werden, ohne die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Damit schaffen wir die Grundlage für eine auch in Zukunft leistungsfähige Justiz im Freistaat."

Endlich: Der Thüringer Landtag wird papierlos! Eine entsprechende Geschäftsordnungsänderung beschlossen alle demokratischen Fraktionen im Novemberplenum. Damit führt uns der digitale Weg in eine fortschrittliche und ressourcenschonende Zukunft.

SCHAFFT SICHERE HÄFEN

Gemeinsam mit dem Bündnis Seebrücke demonstrierte Astrid Rothe-Beinlich auch in Erfurt, um das tausendfache Sterben im Mittelmeer ins Bewusstsein zu rufen und die Thüringer Landeshauptstadt zum sicheren Hafen für Geflüchtete, die in Seenot geraten sind, zu machen. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass die Abschottung Europas tödliche Folgen hat. Auch wenn das Mittelmeer weit weg scheint, sehen wir uns in der Verantwortung, Menschen, die in Seenot geraten, zu helfen. Für die Fluchtursachen tragen schließlich auch wir Mitverantwortung. „Es braucht dringend sichere und legale Fluchtwege", betonte Astrid Rothe-Beinlich in ihrer Rede auf dem Erfurter Anger. „Wir sind zudem sehr dankbar und unterstützen den Offenen Brief der Thüringer Beauftragten für Integration und Migration, Mirjam Kruppa, die die Thüringer Kommunen aufgefordert hat, selbst aktiv zu werden."

UPDATE FÜR MDR-STAATSVERTRAG NACH 27 JAHREN

Als der MDR-Staatsvertrag zwischen den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Jahr 1991 geschlossen wurde, war die Welt wirklich noch eine andere. 1991 wurde der Standard zu MP3 veröffentlicht, es ist das Jahr des offiziellen Starts des WorldWideWebs und der Inbetriebnahme der ersten weltweiten Mobilfunknetze. Seitdem hat sich eine Unmenge getan. Der Staatsvertrag aber blieb weitestgehend gleich.

Ursprünglich sollte der Vertrag regeln, wie sich die drei Länder ihren gemeinsamen Rundfunk vorstellen. Elementarer Bestandteil dieser Regelung ist auch die Kontrolle der Inhalte – besonders nach den Erfahrungen zweier Diktaturen in Deutschland und die Rolle der Medien. Die Aufsicht übernimmt der Rundfunkrat: Er soll eine Vertretung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen darstellen, aber nach 27 Jahren kann man die Aktualität dieser Vertretung durchaus in Frage stellen. So findet sich eine Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen gar nicht wieder, wie Familienverbände, Umwelt- und Naturschutzorganisationen, LQBTG-Vertretungen oder Migrant*innenvertretungen

Die Verhandlungen dazu stocken leider zurzeit auf Länderebene. Wir Bündnisgrüne haben dazu länderübergreifende Positionen und Vorschläge entwickelt, die wir in die Verhandlung zum MDR-Staatsvertrag einbringen werden. Ziel ist es, mehr gesellschaftliche Vielfalt abzubilden, ohne die Gremien noch weiter aufzublähen. Ein moderner, zukunftsweisender, öffentlicher Rundfunk ist wirksames Mittel für eine mündige Gesellschaft.

MDR-Rundfunkrat

- Besteht derzeit aus 43 Personen
- Soll aufgestockt werden um drei (eine Person pro Land)

Unser Plan:

- Minimierung der Religionsvertretung (von fünf Personen auf drei)
- Ausgleich Arbeitgeber*innen- (derzeit sieben Personen) und Arbeitnehmer*innenvertretung (derzeit drei Personen) durch Kürzung der Arbeitgeber*innenseite auf drei
- Insgesamt sechs offene Vertretungen und drei neue

▶ **Neun Möglichkeiten, um mehr Vielfalt abzubilden**

DIGITALE ZUKUNFT – SICHER, UNABHÄNGIG UND KOMPATIBEL GESTALTEN

Wir sehen die Digitalisierung als eine große Chance für Thüringen und seine Bürger*innen. Besonders die Förderung von Open-Source-Lösungen kann sowohl die IT-Sicherheit stärken als auch Thüringen einen enormen Standortvorteil verschaffen. Die meisten genutzten Lösungen und Datenbanken basieren auf offenen Quellcodes. Wir wollen weg von Systemen, die nicht frei und quelloffen sind. Deshalb setzen wir uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software an (Hoch-)Schulen, in öffentlichen Institutionen und in der Verwaltung ein.

Nur Open-Source-Lösungen erlauben der informierten Öffentlichkeit eine Begutachtung der Qualität der Software („Auditierungen“) und der zugrundeliegenden, in Algorithmen gegossenen Regeln.

Wir sind davon überzeugt, dass von öffentlichen Stellen beauftragte Software grundsätzlich unter einer quelloffenen Softwarelizenz veröffentlicht werden muss. Darüber hinaus wollen wir, dass bei öffentlichen IT-Beschaffungen quelloffene Software mit offenen Lizenzen bevorzugt wird. Um hier auch entsprechendes Potential zu heben, wollen wir die öffentliche Förderung für die Entwicklung von freier und offener Standardsoftware ausbauen

RÜCK- UND AUSBLICK

31

Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion:

▸ **gruenlink.de/gch**

Foto: ?

14. September 2018: Viele Interessierte bei Demokratietagung der Fraktion

Im Rahmen einer zweitägigen Tagung diskutierte die Fraktion mit vielen Interessierten und Engagierten sowie mit namhaften Referent*innen in thematischen Workshops unterschiedliche Aspekte der Demokratie. Den Eröffnungsvortrag hielt die Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau, Bascha Mika. Dirk Adams, Vorsitzender der bündnisgrünen Fraktion, machte in seinem Resümee deutlich, dass Demokratie jeden Tag neu erkämpft werden muss.

9. November 2018: Landtag beschließt Gesetz zum Grünen Band

Am Tag des Mauerfalls hat der Thüringer Landtag das Gesetz zum Grünen Band beschlossen, wodurch der ehemalige Grenzstreifen zum Nationalen Naturmonument wird. Die Fraktion freute sich, dass nach einem langwierigen Prozess, in dem viele Anregungen aus den Ausschüssen aufgenommen wurden, nun dieser Schritt getan wurde. Das Grüne Band verbindet Geschichte und Naturschutz und nicht zuletzt Menschen aus Ost und West miteinander.

9. bis 17. März 2019: Fraktion präsentiert sich bei Thüringen-Ausstellung

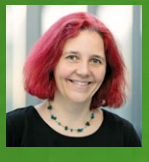
Gemeinsam mit den Koalitionspartnern von SPD und DIE LINKE präsentiert sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch im Jahre 2019 bei der Thüringen-Ausstellung auf der Erfurter Messe. Die Abgeordneten nutzen die Möglichkeit gerne, um mit den Bürger*innen, aber auch den Aussteller*innen ins Gespräch zu kommen und sich dabei über aktuelle Projekte und Anliegen auszutauschen.

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION

Dirk Adams

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Innenpolitik und Kommunales

Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: dirk.adams@gruene-thl.de



Astrid Rothe-Beinlich

Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung
Mitglied im U-Ausschuss 6/3

Telefon: 0361/37-72663
E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de

Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Finanzen, Landwirtschaft, Tourismus und Wirtschaft

Telefon: 0361/37-72674
E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!

www.facebook.com/gruenethl
www.twitter.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

Roberto Kobelt

Sprecher für Bau, Energie, Landesplanung, Naturschutz, Sport, Umwelt, Wohnen, Verkehr und Forsten

Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: roberto.kobelt@gruene-thl.de

Babett Pfefferlein

Sprecherin für Arbeit, Familie, Frauen, Gesundheit, Gleichstellung, Petitionen, Soziales und Verbraucherschutz
Mitglied der Strafvollzugskommission

Telefon: 0361/37-72681
E-Mail: babett.pfefferlein@gruene-thl.de

Madeleine Henfling

Stv. Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin für Wissenschaft, Kultur, Medien, Netzpolitik, Datenschutz, Europa u. Strategien gegen Rechtsextremismus
Mitglied im U-Ausschuss 6/1 („NSU") und Vorsitzende des U-Ausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn")
Mitglied der Enquete-Kommission „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen"

Telefon: 0361/37-72675
E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de

DIE MITARBEITERiNNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle

Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/37-72669
E-Mail: julia.stroebel@gruene-thl.de

Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/37-72670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de

Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: beate.blumenstein@gruene-thl.de

Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung, Referentin für Europapolitik; Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/2 („Aktenlager Immelborn")
Telefon: 0361/37-72676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle

Sebastian Arnold
Presse- und Kommunikationsverantwortlicher Pressesprecher
Telefon: 0361/37-72666
E-Mail: sebastian.arnold@gruene-thl.de

Christian Herrmann
Referent für Veranstaltungsmanagement
Telefon: 0361/37-72654
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

Parlamentarische Beratung

Tamer Düzyol
Referent für die Begleitung des NSU-Untersuchungsausschusses
Telefon: 0361/37-72682
E-Mail: tamer.duezyol@gruene-thl.de

Christian Foß
Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft und Datenschutz, für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn")
Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de

Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Jugend, Religion, Aufarbeitung, Asyl- und Migrationspolitik
Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de

Michael Kost
Justiziar und Referent für Justizpolitik
Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: michael.kost@gruene-thl.de

Tobias Lange
Referent für Grundsatzfragen, Innenpolitik und Kommunales
Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de

Gabriele Sondermann
Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz, Ernährung, Arbeit, Gleichstellung und Petitionen
Telefon: 0361/37-72693
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de

Ralf Martin
Referent für die Begleitung der Enquete 6/1 Rassismus, Stv. Referent für die Begleitung des UA 6/2 („Aktenlager Immelborn")
Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de

Sybille Mattfeldt-Kloth
Referentin für Begleitung des Untersuchungsausschusses 6/3 („Möglicher Amtsmissbrauch")
Telefon: 0361/37-72677
E-Mail: sybille.mattfeldt-kloth@gruene-thl.de

Jan Richter
Referent für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Tourismus
Telefon: 0361/37-72678
E-Mail: jan.richter@gruene-thl.de

Matthias Schlegel
Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Gentechnik
Telefon: 0361/37-72691
E-Mail: matthias.schlegel@gruene-thl.de

Norbert Sondermann
Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz und Sport
Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: norbert.sondermann@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: info@gruene-thl.de
Internet: www.gruene-thl.de

V.i.S.d.P.: Sebastian Arnold

Druckunterlagenschluss: November 2018
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt
Titelfoto: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Thüringen

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

Weitere Informationen zur Arbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag finden Sie in unserer aktuellen Fraktionsbroschüre: **http://gruenlink.de/19r6**